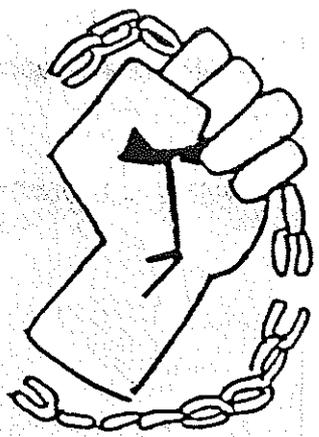


AUFSTAND IN PALÄSTINA



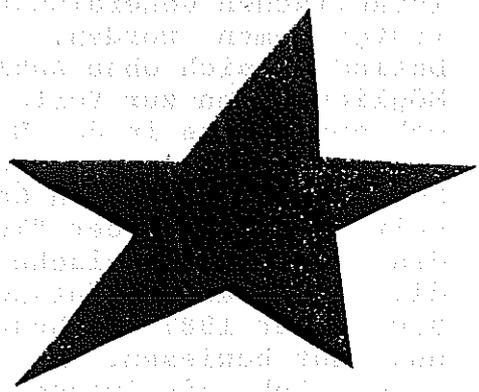
**Eine marxistische Analyse des Palästina-Konfliktes
Perspektiven der sozialistischen Revolution in Nahost**



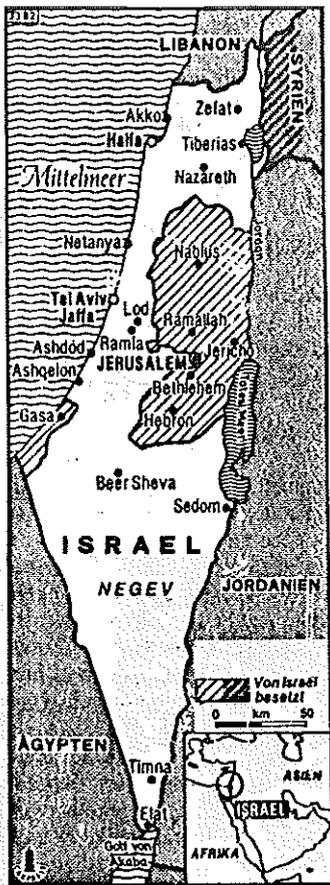
Arbeiter und Jugendliche kämpfen gegen die israelische Besatzungsmacht

VORAN

Marxistische Zeitung



Herausgegeben von Bremerhavener VORAN-Unterstützern



Aufstand in den besetzten Gebieten

Seit über fünf Monaten kämpft die Masse der palästinensischen Bevölkerung im Westjordanland und im Gaza-Streifen gegen die Besatzungsmacht Israel.

Seit über fünf Monaten beherrschen Bilder von Straßenschlachten sowie israelischen Armee- und Polizeieinsätzen allabendlich die Nachrichten.

Bisher sind mehr als 200 Palästinenser getötet worden. Nach Schätzungen wurden mehr als 10.000 verletzt. 4.800 sind nach Angaben des israelischen Generalstabes bisher festgenommen worden, ca. 1.500 befinden sich ohne Anklagen oder Möglichkeiten zur Verteidigung für mehrere Monate in der Haft.

Die rund 1 Million zählende Bevölkerung der besetzten Gebiete hat seit dem Beginn der "Intifada" - das ist das arabische Wort für diesen Massenaufstand - am 8. Dezember 1987 ungeheure Ausdauer und Mut bewiesen. An vorderster Front steht die Jugend: immer wieder gehen Jugendliche auf die

Bevölkerung

Israel:
insgesamt ca. 4 Millionen;
davon 3,3 Mill. Juden
und 700.000 Araber

Westbank:
65.000 jüdische Siedler,
850.000 Araber

Gaza:
25.000 Juden,
630.000 Palästinenser

Straße, um Armee und Polizei zu bekämpfen. Aber auch der Rest der Bevölkerung steht dahinter: palästinensische Arbeiter bestreiken die in Israel gelegenen Betriebe, Händler halten ihre Läden geschlossen. Wirtschaftliche Aktivität dient nur noch dazu, den Aufstand aufrechtzuerhalten.

Staatsterrorismus

Die israelische Regierung beantwortet die Aktionen der palästinensischen Massen für ihr Recht auf Selbstbestimmung mit der Politik der "Eisernen Faust". Soldaten und Polizisten feuern mit scharfer Munition auf unbewaffnete Demonstranten, prügeln Frauen und Kinder, foltern und brennen bei "Strafaktionen" ganze Dörfer nieder.

Über die Flüchtlingslager, in denen Hunderttausende leben, wird alle paar Tage eine totale Ausgangssperre verhängt, die gesamten besetzten Gebiete wurden schon mehrmals zu militärischen Sperrgebieten erklärt. Im Februar gingen Bilder um die Welt, die zeigten, wie israelische Soldaten Gefangenen mit einem Felsbrocken systematisch sämtliche Knochen beider Arme zerschmetterten. Andere wurden gezwungen, Jugendliche bei lebendigem Leibe mit Bulldozern zu begraben.

Dies sind keine Ausnahmen. Es ist die alltägliche Realität der Menschen in Gaza und der Westbank. Es kann keine Rede davon sein, daß der israelische Staat Zivilisten vor Terroristen beschützen muß. Der gesamte Unterdrückungsapparat wird eingesetzt, um mit brutaler Gewalt den Widerstand des palästinensischen Volkes zu zerschlagen.

Die Palästina-Frage

1948 wurde der Staat Israel gegründet. Bis zu diesem Jahr stand das damalige Palästina als "Mandatsgebiet" unter der Kontrolle Großbritanniens. Schon seit Beginn des Jahrhunderts gab

es eine stetige Zuwanderung von Juden nach Palästina. Dies wurde von der zionistischen Bewegung (= Bewegung für die Schaffung eines jüdischen Staates auf dem Gebiet von Palästina) gefördert.

Diese Bewegung nutzte der britische Imperialismus, um die Massen vom Kampf gegen die Herrschaft Englands abzulenken und neue Fronten zu schaffen - nach dem Prinzip "teile und herrsche".

Erst in den 20er Jahren entstand in der arabischen Welt eine Feindschaft gegen die Juden. Vorher war so etwas vollkommen unbekannt. Diese durch die Politik des Imperialismus verursachten Spannungen wurden auch von den Fürsten Arabiens benutzt, um den Haß ihrer Völker von sich abzulenken.

Als das europäische Judentum durch den Nazi-Holocaust fast völlig ausgelöscht wurde, ergab sich für die Briten und nun auch für den US-Imperialismus eine Chance: Hunderttausende jüdischer Flüchtlinge hatten ein starkes Bedürfnis nach Schutz, nach einem eigenen Staat - sie wollten nie mehr eine verfolgte Minderheit sein. Der Imperialismus nutzte dieses verständliche Bedürfnis für seine strategischen Interessen im Nahen Osten aus. Die USA trieben die Gründung des Staates Israel voran, um einen treuen Vasallen und Vorposten ihrer Interessen in der arabischen Welt aufzubauen.

Die Errichtung Israels ging voll auf Kosten des palästinensischen Volkes. Die größtenteils gewaltsame Ausbreitung jüdischer Siedlungen, den wachsenden Zustrom von Juden in das Land und den Krieg der arabischen Nachbarländer gegen Israel 1948/49 mußten die Palästinenser mit Tod und Vertreibung bezahlen. Auch in den Kriegen 1956 und 1967 waren sie wiederum die Hauptleidtragenden.

Im Sechs-Tage-Krieg 1967 besetzte Israel den bis dahin ägyptischen Gaza-Streifen und die zu Jordanien gehörende Westbank und hält diese Gebiete bis heute militärisch besetzt.

Flüchtlingselend

Seit 1967 wurden große Teile der beiden Regionen mit allerlei gesetzlichen Tricks für 65.000 jüdische Siedler beschlagnahmt. Milliarden Dollar sind in diese Siedlungen geflossen. Gleichzeitig wurde die arabische Wirtschaft bewußt abgewürgt.

Auch der Aufbau einer Industrie wurde durch die Besatzungsmacht blockiert.

So stellen Gaza und das Westjordanland heute eine Art "palästinensischer Bantustans" dar (= nicht zum Staatsgebiet der Republik Südafrika gehörende Wohngebiete von Schwarzen, die in Südafrika arbeiten). Die eine Million Einwohner sind ein riesiges Reservoir billiger Arbeitskräfte für den israelischen Kapitalismus, denen sämtliche demokratischen Rechte verweigert werden.

Insgesamt 5 Millionen Palästinenser leben über den gesamten Nahen Osten verstreut. Ein großer Teil von ihnen lebt unter erbärmlichen Bedingungen in Flüchtlingslagern im Libanon, Jordanien und anderen Ländern. Überall sind sie der Willkür der Herrschenden ausgeliefert. Nicht nur für Israel sind sie billige Arbeitskräfte und "Unruhestifter" - auch die arabischen Regimes sind trotz allem Geschrei für "die palästinensische Sache" keine Freunde dieses Volkes.

In den Flüchtlingslager Jordaniens und des Libanon wurden die Palästinenser in Flüchtlingslagern isoliert und von der einheimischen Bevölkerung ferngehalten - auch die arabischen Herrscher kennen die Strategie des "teile und herrsche".

Massenbewegung

Der Aufstand der letzten fünf Monate ist der wichtigste Kampf des palästinensischen Volkes seit der Rebellion von 1936, als in einem drei Jahre dauernden Kampf gegen den britischen Imperialismus über 5.000 Menschen getötet und 14.000

verletzt wurden.

Doch der Aufstand von '36 war eine ländliche, von Bauern getragene Bewegung. Der jetzige ist durch die entscheidende Rolle der Arbeiterklasse und der städtischen Jugend bestimmt.

Die Ereignisse der letzten Monate sind eine Bestätigung unserer marxistischen Ideen - die nationalen und demokratischen Rechte der Palästinenser können nur durch die Massen selbst und nicht durch den Stellvertreterkrieg der "Guerrilla-" und Terroreinheiten erreicht werden.

Die "Intifada" ist ein lebendiger Beweis gegen alle Skeptiker, die behaupten, wegen der Besatzung wäre kein Kampf in Gaza und im Westjordanland selbst möglich und man müßte "militärische" Kampagnen von außen starten.

Die Revolte begann als eine vollkommen spontane Aktion, die nicht von außen vorbereitet wurde. Sie entspringt den unerträglichen Lebensbedingungen in den Gebieten und der 20 Jahre andauernden Unterdrückung durch den israelischen Staat.

Der Aufstand hat schon jetzt Auswirkungen auf das Bewußtsein von Arbeitern und Jugendlichen in aller Welt und vor allem im Nahen Osten gezeigt. Diese Massenbewegung hat eine größere Politisierung gebracht als fast 25 Jahre PLO-"Militäraktionen".

Die gesamte Bevölkerung der besetzten Gebiete hat an Streiks, Demonstrationen und Straßenschlachten gegen schwerbewaffnete Soldaten und Polizisten teilgenommen. Das Bewußtsein der Massen, ihre Organisierung und das Vertrauen in die eigene Kraft sind als Ergebnis des Kampfes gegen einen haushoch überlegenen Gegner enorm gestiegen.

Die Jugend

In einigen Städten und Dörfern haben Jugendliche die Stelle der Imame (= islamischer Prediger) eingenommen, indem sie vor den Besuchern des Freitagsgebetes

politische Reden halten. Dorf- und Stadtkomitees wurden aufgebaut, durch die die örtliche Bevölkerung in der Lage ist, wirkungsvollen Widerstand und Selbsthilfe - Versorgung mit Lebensmitteln, Arzneien und Verbreitung von Informationen - zu organisieren.

Die PLO als Organisation spielte hierbei keine Rolle, obwohl sich die Palästinenser weiterhin mit ihr identifizieren. So wurde die Entscheidung über die Form des Aufstandes von den Komitees der Aktivisten selbst ohne Einflußnahme der PLO getroffen. Es wird bewußt auf individuelle Terrorakte verzichtet und die einzigen Waffen sind Molotow-Cocktails und Steine - gegen die Schnellfeuergewehre der israelischen Armee. Von vorneherein zielte der Aufstand auf die Massenwirksamkeit in Palästina selbst und international.

Die Jugend steht den Besatzungstruppen mit dem Wissen gegenüber, daß jeder, der auf die Straße geht, getötet werden kann. Wie beim Aufstand der schwarzen Arbeiter und Jugendlichen in Südafrika 1984 bis 86 kennt sie jedoch kein Zögern. Der enorme Druck des Aufstandes hat die Mehrheit der arabischen Bediensteten des israelischen Staatsapparates - Steuerbeamte, Polizisten usw. - gezwungen, ihre Posten aufzugeben.

Die 750.000 im Staatsgebiet Israels lebenden Araber wurden durch die Ereignisse stark betroffen. Seit 1948 wurden sie mehr und mehr "israelisiert". Aber die Unruhen haben ihr arabisches Bewußtsein wieder zum Vorschein kommen lassen - heute identifiziert sich die Mehrheit der arabischen Israelis mit dem Kampf ihrer Landsleute im Westjordanland und Gaza-Streifen.

Ihre Solidarität führte zu den bisher größten Streiks arabischer Arbeiter in Israel. Es gab schwere Unruhen in bisher als ruhig geltenden arabischen Dörfern und Städten. Auch in Ortschaften mit gemischter arabisch/jüdischer Bevölkerung wie Haifa und Jaffa kam es zu Ausschreitungen bei Streiks.

Krise der israelischen Gesellschaft

Weil er ein nichtmilitärischer Massenaufstand gegen eine bewaffnete Besetzung ist, hat der palästinensische Kampf auch einen tiefen Eindruck auf die jüdische Bevölkerung gemacht. In jeder Ecke Israels - in Schulen, Geschäften, Büros, Fabriken und Kasernen - gibt es endlose Diskussionen über das Problem "der Gebiete". Unter der Jugend, besonders in den armeefähigen Jahrgängen, gibt es eine weitverbreitete Ablehnung der Brutalität der Armee. Sie sehen das Versagen der Besetzung und die grausige Perspektive, daß Kriege und "Sicherheitsoperationen" ewig andauern werden. Obwohl noch in der Minderheit, sucht schon heute eine bedeutende Anzahl junger Juden nach einer Alternative zur Politik der etablierten Parteien. Die israelische Kapitalistenklasse ist durch die Rebellion alarmiert und gespalten wie nie zuvor. Auf lange Sicht ist die anhaltende Besetzung eine Garantie für Katastrophen - eine politische und wirtschaftliche Last, die mit jedem Jahr wächst.

Spaltung in der Regierung

Es gibt heute keinen Teil der herrschenden Klasse Israels, der einen wirklich unabhängigen palästinensischen Staat vor der eigenen Haustür akzeptieren würde. Aber ein Teil, geführt vom Außenminister und Vorsitzenden der "Arbeiterpartei" Shimon Peres, glaubt, durch gebietsmäßige Zugeständnisse und eine begrenzte Unabhängigkeit die Palästinenser ruhigstellen zu können. Diese Scheinunabhängigkeit sollte nach Peres' Vorstellungen von Jordanien "bewacht" werden. Würde dies nicht klappen, könnte man sich wenigstens den unangenehmen Geruch der Unterdrückung mit Jordanien teilen. Daher bevorzugt

Peres eine internationale Konferenz - als Einstieg für direkte Gespräche zwischen Israel und dem jordanischen König Hussein.

Andere Vertreter des israelischen Kapitalismus wie der konservative Premier Yitzhak Shamir glauben, daß Zugeständnisse nur den Kampf der palästinensischen Massen für wirkliche Unabhängigkeit ermutigen würden. Sie sind daher gegen den Tausch von "Land gegen Frieden".

Arabische Regimes entsetzt

In der ganzen arabischen Welt klingen Alarmglocken in den Ohren der Könige, Präsidenten, Emire und Scheichs. Sie alle fürchten, die Unruhen könnten sich von den besetzten Gebieten auf andere Länder ausdehnen und ihre eigenen reaktionären Regimes gefährden.

In den Golfstaaten, in Jordanien und vielen anderen Ländern gibt es Millionen von Palästinensern, die die Ereignisse in der Heimat aufmerksam verfolgen. König Hussein - in Jordanien sind 60% der Bevölkerung palästinensisch - ist am direktesten von den Unruhen am anderen Jordanufer bedroht.

Die arabischen Regimes sind sämtlich daran interessiert, revolutionäre Bewegungen niederzuhalten, um sich selbst zu retten. Ein Sieg des palästinensischen Kampfes wäre für sie eine absolute Katastrophe, denn er könnte die eigene Arbeiterklasse ermutigen. Daher überholen sich die arabischen Regierungen gegenseitig dabei, die USA zu drängen von Israel ein Abkommen zu erzwingen, bevor der Aufstand außer Kontrolle gerät.

Friedenskonferenz - die "Freunde" Palästinas

Der Aufstand droht, Israel aus dem Gleichgewicht zu bringen. Damit bedroht er auch die strategischen Interessen des US-Imperialismus. Die Reisediplomatie des US-Außenministers George Shultz war ein vergeblicher Versuch, ein Abkommen zwischen Israel und Jordanien

zustandezubekommen. Trotz von vorneherein geringer Erfolgchancen spekulierten die Amerikaner darauf, die Situation könne vielleicht schon beruhigt werden, indem man so tut, als glaube man ernsthaft an das Abkommen und versuche alles, es zu erreichen. Die USA wollen einen ruhigen Nahen Osten, wo amerikanische Konzerne ungestört Profite machen können. Dazu brauchen sie ihren treuen imperialistischen Wachhund Israel und als Zugabe befreundete Regimes in Ägypten und Jordanien. Trotz aller Hingabe für die palästinensische Revolution in Worten ist auch die Sowjetunion nicht wirklich an dieser interessiert.

Die Moskauer Bürokraten wollen im Nahen Osten keine störenden Revolutionen, sondern die Aufrechterhaltung der jetzigen Verhältnisse, um die bestehenden diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Imperialismus und den arabischen Staaten zu festigen.

Das gleiche gilt für das moskautreue Syrien. Als 1975 im Libanon eine Chance für den Sieg der Linken und die Abschaffung des Kapitalismus bestand, griff die syrische Bürokratie auf Seiten der reaktionären christlichen Falangemilizen ein und rettete den libanesischen Kapitalismus. Seitdem kontrolliert Syrien das Bürgerkriegschaos und spielt seine konterrevolutionäre Rolle weiter.

Die PLO fordert eine internationale Friedenskonferenz, um die Palästina-Frage zu lösen. Doch die grundlegenden Klasseninteressen aller Regimes des Nahen Ostens stehen dem entgegen. Der Kapitalismus kann die Probleme dieser Region nicht lösen. Eine Friedenskonferenz wird keine wirkliche Lösung bringen, es sei denn, sie beschlösse die Aufhebung der kapitalistischen Klassenherrschaft - und dies ist ziemlich unwahrscheinlich.

Alle Pläne und "Lösungen", die die USA, Israel, Jordanien usw. anbieten, sind nichts als Betrügereien, um den revolutionären Kampf des palästinensischen Volkes niederzu-

halten. Für sie geht es darum, aus wirtschaftlichen, politischen und strategischen Interessen die Errichtung eines wirklich unabhängigen Palästina zu verhindern.

Die kämpfenden Arbeiter und Jugendlichen dürfen daher weder Konferenzen noch den Sonntagsreden der Herrschenden trauen. Sie können sich nur auf ihre eigene Kraft verlassen.

Eines aber ist klar: trotz allen Mutes und aller Standhaftigkeit werden die Palästinenser allein nicht die riesige israelische Militärmaschine besiegen. Wenn sich jedoch bisher alle "Freunde" als Feinde erwiesen haben, wer ist dann der Bündnispartner der Aufständischen?

Der wichtigste Verbündete der palästinensischen Massen ist die israelische Arbeiterklasse, sowohl die Araber, die ihre Solidarität schon bewiesen haben, als auch die Juden.

Zionismus und die jüdischen Arbeiter

Das jüdische Proletariat ist das Fundament des Staates und damit auch der Armee. Fängt es an zu bröckeln, wird die israelische Armee den Aufstand keinen Monat mehr niederhalten können.

Die jüdische Arbeiterklasse steht heute noch hinter "ihrem" Staat, die Mehrheit befürwortet die Militärationen gegen die Demonstranten und Streikenden. Sie dafür zu gewinnen, gegen die Politik Israels zu kämpfen und für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser einzutreten, ist eine schwere Aufgabe.

Ein grundlegendes Hindernis auf dem Weg dorthin ist die Psychologie der jüdischen Arbeiter. Sie betrachten den palästinensischen Kampf und sämtliche arabischen Länder als eine Bedrohung für die Existenz Israels. Die Geschichte des jüdischen Volkes, vor allem der Holocaust und die Kriege der arabischen Länder nach der Gründung Israels, ruft dieses Bedürfnis nach "Sicherheit" in den Köp-

fen der Juden hervor. Für Palästinenser ist "Zionismus" das Wort für die brutale imperialistische Politik, die Israels Kapitalistenklasse seit Jahrzehnten betreibt. Zionismus bedeutet für sie ein enges politisches und militärisches Bündnis mit den USA - Israel als Vorposten mitten in der arabischen Welt.

Diese Einschätzung ist hundertprozentig richtig.

Aber die Juden sehen dies anders. Für gewöhnliche jüdische Arbeiter bedeutet Zionismus in erster Linie die Vorstellung von einem sicheren Heimatland und nicht mehr der verfolgte Sündenbock zu sein.

Die Vertreter des Kapitalismus beuten die Erinnerungen an den Holocaust und an die Unterdrückung der Juden in der ganzen Welt auf zynische und gemeine Weise aus, um ihre eigene reaktionäre Politik zu rechtfertigen. Shamir erkennt den Aufstand nicht als Kampf für ein unabhängiges Palästina an, sondern diffamiert ihn als Teil eines angebliche PLO-Plans, "Israel zu zerstören".

Wenn die jüdischen Arbeiter nicht der reaktionären Ideologie des Zionismus entrissen werden, sind die Perspektiven für die Region verstärkte nationale Konflikte, Kriege zwischen den Staaten und bittere Bürgerkriege, die möglicherweise zu einer noch größeren Vertreibung von Palästinensern führen als 1948.

Besteht die Frontstellung Juden gegen Araber noch lange weiter, wird dies zu einer blutigen Katastrophe für den ganzen Nahen Osten, vor allem aber für die Palästinenser werden.

Die einzige Alternative ist die Verbindung des palästinensischen Kampfes mit der jüdischen Arbeiterklasse. Das heißt nicht, daß wir Marxisten dafür eintreten, daß die arabischen Revolutionäre ihre Bewegung solange zurückhalten sollen, bis die jüdischen Werktätigen soweit sind. Im Gegenteil, der Aufstand, der das Bewußtsein der arabischen Massen weitergebracht hat als je zuvor, muß so lange wie möglich aufrechterhalten werden,

aber verbunden mit der bewußten Strategie, jüdische Arbeiter und Jugendliche auf der Grundlage der Klassensolidarität zu gewinnen.

Die Rolle der PLO

Dies ist leider nicht die Taktik der PLO. Ihre Führung, sowohl die Fraktion Yassir Arafats als auch die anderen Gruppen, setzt auf knallharten arabischen Nationalismus. Sie macht keinen Unterschied zwischen der herrschenden Klasse Israels und dem Proletariat. Hunderte von Juden - zum großen Teil einfache Arbeiter - sind bei sinnlosen Anschlägen von PLO-Terrorkommandos ums Leben gekommen. Diese Art von "Rache" hat der palästinensischen Revolution geschadet, indem sie die Israelis nur noch stärker in die Arme des Zionismus getrieben hat.

Die PLO ist keine unabhängige Führung, die nur im Interesse der palästinensischen Massen handelt. Ihre Führer sind Kleinbürger - Rechtsanwälte, Ärzte usw. - die weniger Interesse an der sozialistischen Revolution haben, als daran, mit Bomben und Verhandlungen Druck auf Israel auszuüben und die Zionisten zu Zugeständnissen zu zwingen.

Sie sind nicht fähig, einen Kampf zu führen, der die arabischen und jüdischen Arbeiter miteinander verbindet.

Dafür bürgt schon die politische und finanzielle Abhängigkeit von den arabischen Regimes. Diese haben die Kriege gegen den Judenstaat nicht aus lauter Mitgefühl mit den palästinensischen Massen geführt. Sie sahen sie als willkommenen Anlaß, von Unruhen im eigenen Land abzulenken. Die Hoffnung vieler PLO-Führer, durch einen militärischen Sieg der arabischen Staaten Palästina wiederzuerobern, hat sich als blutige Falle für die Massen erwiesen.

Die arabischen Länder verhinderten 1975, daß die PLO-Kämpfer im Libanon auf seiten der Linken eingriffen. König Hussein von Jordanien zerschlug 1970 sogar die Befrei-

ungsfront in seinem Land, weil er Angst hatte, sie könne auf Seiten revolutionärer Arbeiter und Bauern eingreifen. Diese "Freunde" benutzen die Palästinenser nur und sind neben den Regierungen in Washington, Tel-Aviv und Moskau die schärfsten Feinde der palästinensischen Revolution.

Unter den Druck der "Intifada" konzentriert sich die PLO zur Zeit auf den Massenkampf und unternimmt keine Terroraktionen. Doch sie versteht den Aufstand als "rein palästinensische Sache". Linke PLO-Vertreter erkennen zwar theoretisch an, daß die jüdischen Arbeiter gewonnen werden müssen, drücken sich jedoch vor den praktischen Schritten und helfen mit, die Bewegung in rein nationalen Bahnen zu halten. Und es steht zu befürchten, daß bei einer Ruhepause der Massenbewegung die PLO wieder verstärkt auf den "Guerillakampf" setzen wird.

Stattdessen wäre es die erste Aufgabe der Führung in den besetzten Gebieten, Flugblätter in Hebräisch herzustellen, die erklären, daß die jüdischen die gleichen Interessen wie die arabischen Arbeiter haben und daß der Kampf der Palästinenser für Unabhängigkeit keine Bedrohung für die israelische Arbeiterklasse und ihr Recht auf Selbstbestimmung ist.

Die heutige PLO-Führung wird nicht zum Marxismus finden. Eine wirklich revolutionäre, marxistische Führung muß aus den Massenorganisationen des Aufstandes - Gewerkschaften, Dorfkomitees, Jugendgruppen - in den besetzten Gebieten heraus aufgebaut werden. Fast alle unterstützen heute noch ihre traditionelle Führung, die PLO. Doch auch dort werden die Ideen des Marxismus Fuß fassen können.

Klassenkämpfe in Israel

Je länger der heldenhafte Aufstand andauert, desto schwerer wird Israel in die Krise geraten. Mit solch einem Massenkampf direkt vor der eigenen Haustür kann das Land

nicht zur Ruhe kommen.

Nicht nur das israelische Kapital wird durch den Aufstand gespalten. In der gesamten Bevölkerung spitzen sich die Gegensätze zu - zwischen streng orthodoxen Juden und zwischen Jugendlichen, die ihre Freiheit haben wollen; zwischen militanten Siedlern in den besetzten Gebieten und zwischen Anhängern der Friedensbewegung.

Aber auch, und das untergräbt die Stabilität des Staates, zwischen Juden verschiedener Herkunft: die arabischen Juden sind stark unterprivilegiert und stehen in der sozialen Leiter knapp über den Moslems, während aus Europa und den USA stammende eindeutig bessere Jobs und Aufstiegschancen haben.

Viele Skeptiker haben die jüdischen Arbeiter als ewige Reaktiönäre abgeschrieben. Das ist völlig falsch. Die israelische Gesellschaft hat sich in den letzten Jahren verändert und wird sich weiterhin verändern. Unter der Oberfläche brodelte es. Dies zeigt zum Beispiel der von den Medien nicht erwähnte Streik in Israels Gesundheitswesen. Im Februar und März streikten mehrere Tausend Beschäftigte und drohten, das Gesundheitswesen lahmzulegen. Nur ein Rückzug der Regierung konnte dies verhindern.

Auch die riesige Friedensbewegung gegen den Libanon-Krieg 1982 (400.000 Demonstranten bei 4 Millionen Einwohnern!) und die beginnenden Auflösungserscheinungen in der Armee während dieser Operation zeigen die Möglichkeiten, die in den arbeitenden Menschen des Landes stecken.

Wirtschaftskrise

Die wirtschaftlichen Perspektiven für Israel sind schärfere Krisen und damit wachsende Opfer der Arbeiterklasse. Der Kapitalismus ist mehr und mehr unfähig, den jetzigen Lebensstandard der Lohnabhängigen aufrechtzuerhalten. Die Regierung macht eine harte Sparpolitik im Bildungs- und

Gesundheitswesen, im öffentlichen Personenverkehr und vielen anderen Bereichen. Die Staatsfinanzen sind zerrüttet, nicht zuletzt wegen der enormen "Verteidigungsausgaben". Israel hatte von Beginn an keine gesunde Wirtschaft, sondern wurde durch die USA und auch durch massive "Wiedergutmachungen" - wieviel haben die wohl den Opfern des Holocaust genützt? - der BRD künstlich finanziert.

In allen entwickelten kapitalistischen Ländern mehren sich die Anzeichen, daß der schwächliche Aufschwung der letzten Jahre seinem Ende entgegengeht.

Entweder dieses oder nächstes Jahr wird die Weltwirtschaft in die tiefste Rezession der Nachkriegszeit abrutschen. Gerade Israels wichtigster Geldgeber und Handelspartner, die Vereinigten Staaten, wären von dieser Krise betroffen. Das wird enorme Rückwirkungen in Israel haben.

Arbeitslosigkeit, sinkende Löhne und verschlechterte Dienstleistungen werden den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung in bisher unbekanntem Maße drücken und diese zur Verteidigung der Errungenschaften in große Klassenkämpfe zwingen.

Schon 1985 fand in Israel ein erster Generalstreik gegen die Kürzungspolitik statt, dessen Wut von der Spitze der Gewerkschaften nur schwerlich gebremst werden konnte.

Die Angriffe auf den Lebensstandard werden Tausenden die Augen öffnen und den Weg für die Verankerung neuer Ideen im heute noch vom Zionismus beherrschtem Proletariat ebnen.

Schon heute gibt unter jungen Juden eine große Enttäuschung über "ihren" Staat: in die "Heimstatt aller Juden" wandern heute weniger Menschen ein, als das Land verlas-

Arbeiterorganisationen

Wenn sich die jüdische Arbeiterklasse in den Kampf begibt, so bedeutet das auch eine totale

Umwälzung ihrer Organisationen. Heute noch sind der Gewerkschaftsbund HISTRADUT und die Arbeiterparteien MAPAI und MAPAM (kleinere Linkspartei, bekennt sich jedoch zum Zionismus) unter der Führung von Leuten wie Peres. Sie sind die "linke" Flanke des Zionismus und ihre Hauptaufgabe besteht darin, die Arbeiter an den imperialistischen Staat zu binden. Ihre Politik ist oftmals militaristisch und kaum von der der Konservativen zu unterscheiden. Doch im Zuge sich verschärfender Klassenkämpfe werden die Arbeiter erst teilweise und später auf allen Ebenen versuchen, diese Organisationen in Kampfinstrumente für ihre Interessen umzuwandeln. Diese Radikalisierung bietet für Marxisten die Möglichkeit, ein sozialistisches Programm für diese Organisationen zu fordern und somit jüdische Arbeiter zu gewinnen.

Wirkliche Sozialisten müssen internationalistisch denken und handeln - daher würden Marxisten die jüdischen Arbeiter sofort mit Arabern in Israel und vor allem mit den Aufständischen in den besetzten Gebieten verbinden. Auch Bewegungen wie die Initiativen "Frieden jetzt" und "Es gibt eine Grenze" sowie die illegalen Gruppen von Kriegsdienstgegnern werden dann ihre heute noch halb kritische, halb verständnisvolle Haltung gegenüber den Herrschenden ablegen und radikalere Positionen beziehen. Die israelische Linke könnte in den nächsten Jahren zum erstenmal in ihrer Geschichte grundlegend mit dem Zionismus brechen.

Der Palästinenserstaat

Wir Marxisten treten für das Recht jedes Volkes auf Selbstbestimmung und damit das Recht auf einen eigenen Staat ein. Wir verteidigen das Anrecht des im Nahen Ostens verstreut lebenden palästinensischen Volkes, in sein Heimatland zurückzukehren.

Die Frage ist jedoch, wie ein

palästinensischer Staat auf dem Gebiet des Gaza-Streifens, des Westjordanlandes und Ostjerusalems aussehen würde.

Zur Zeit ist die Bevölkerung "der Gebiete" hauptsächlich von den Arbeitsplätzen in Israel abhängig, um den ohnehin niedrigen Lebensstandard halten zu können. Landwirtschaft und Industrie sind durch die Besatzungsmacht systematisch an ihrer Entwicklung gehindert worden. Die Wirtschaft der besetzten Gebiete befindet sich auf dem Niveau eines "Dritte-Welt"-Landes.

Ein unabhängiges kapitalistisches Palästina würde die enormen sozialen Probleme nicht lösen können. Zwar wäre die israelische Unterdrückung abgeschüttelt, doch Armut, Arbeitslosigkeit und das Elend der Flüchtlingslager blieben weiterhin bestehen.

Die palästinensische Wirtschaft könnte unter den sich verschärfenden Bedingungen auf dem Weltmarkt nie auch nur annähernd konkurrenzfähig werden. Außerdem ist das palästinensische Volk natürlich in verschiedene Klassen gespalten. Die Feudalherren und Kapitalisten waren und sind die Feinde der Arbeiter und Bauern: die meisten arabischen Bauern sind nicht durch die militärische Gewalt der Israelis von ihrem Land vertrieben worden, sondern indem die Großgrundbesitzer mit dem israelischen Imperialismus ihre Geschäfte gemacht und das Volk verraten haben.

Arbeiterstaat

Die führende Rolle im Freiheitskampf der Palästinenser spielt die Arbeiterklasse. Um die Probleme zu lösen, müßte sie die Macht ergreifen, Feudalismus und Kapitalismus abschaffen und den von den Israelis aufgebauten Unterdrückungsapparat vollständig beseitigen. Der einzige Ausweg aus dem Elend besteht in der sofortigen Anwendung sozialistischer Maßnahmen durch die palästinensische Arbeiterklasse.

Doch selbst dann wäre der Spielraum für Reformen noch sehr gering. Die Vorherrschaft des israelischen Kapitalismus würde die junge Wirtschaft von Anfang an bedrohen. Ein isolierter palästinensischer Arbeiterstaat würde zu einem Schicksal verurteilt wie Angola oder Mozambique, wo die Errungenschaften der Revolution von 1975 durch die wirtschaftliche Isolierung und den Terror aus Südafrika fast vollständig zerstört wurden. Dort, wie auch in Syrien, wo 1965 der Kapitalismus vernichtet wurde, herrscht keine Arbeiterdemokratie, sondern eine abgehobene bürokratische Kaste - auf der Grundlage des Elends kann sich keine sozialistische Demokratie entfalten.

Sozialistische Föderation

Eine Verbindung der palästinensischen Revolution mit Israel ist lebensnotwendig. Daher treten wir Marxisten für eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens ein. Darunter verstehen wir einen freiwilligen Zusammenschluß verschiedener Arbeiterstaaten. Dies war auch die eigentliche Vorstellung Lenins und der Bolschewiki vom Aufbau der Sowjetunion. Durch die großrussisch-nationalistische Politik und die Unterdrückung von Völkern durch die stalinsche Bürokratie wurden diese Ideen jedoch aufs Perverseste verfälscht.

Der Kern dieser Föderation wären Israel und Palästina. Dies sind die Gebiete mit der zahlenmäßig stärksten und konzentriertesten Arbeiterklasse im Nahen Osten. Sie spielen daher die Schlüsselrolle für die Revolution und auch für den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft.

Nur solch ein sozialistischer Staatenzusammenschluß wäre in der Lage, das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu sichern und die grausamen nationalen Konflikte in der Region zu beenden.

Gleichzeitig wäre dies auch der einzige Weg, die hemmenden Grenzen der Nationalstaaten, die zum gro-

ßen Teil künstlich vom Imperialismus geschaffen wurden und die die Weiterentwicklung der arabischen Welt auf Jahrzehnte behindert haben, zu überwinden.

Die nationalen Wirtschaften könnten zu einer zusammengeschlossen werden, um Industrie und Landwirtschaft zu entwickeln und Armut und Flüchtlingselend ein für allemal zu beseitigen.

Diese Perspektiven zeigen: ohne die Verbindung des arabischen Kampfes mit der jüdischen Arbeiterklasse und eine klare sozialistische Orientierung der Bewegung wird eine Befreiung von Unterdrückung im Nahen Osten nicht erreicht werden können.

Die Parole der Sozialistischen Föderation ist auf diesem Weg ein wichtiges Hilfsmittel, um die Ängste der Juden zu beseitigen, die Araber würden ihr Recht auf Selbstbestimmung mißachten und sie als Minderheit in einer arabischen

Welt unterdrücken. Diese Ängste können jedoch nicht alleine durch diese Parole, sondern nur durch die konsequente Politik der Arbeitereinheit durch die palästinensischen Arbeiter und Jugendlichen zerstreut werden.

Viele sehen diese Perspektive als "utopisch" an. Doch die letzten Jahre haben gezeigt, daß in Wirklichkeit die "realistischen" Zwischenlösungen und Verhandlungen utopisch waren und sein werden.

Die Alternative für den Nahen Osten heißt "Sozialismus oder Barbarei" (Rosa Luxemburg). Was Barbarei ist, können wir schon heute im Libanon sehen. Die Ansätze für den Sozialismus sehen wir im Massenkampf der Arbeiter und der Jugend in den besetzten Gebieten.

Bremerhaven, 15.5.1988

Israel/Palästina - Geschichte

- 1897 Die zionistische Weltorganisation verkündet ihr Ziel einer "öffentlich-rechtlichen Heimstätte in Palästina"
- 1916 Französisch-britischer Geheimpakt zur Aufteilung des Nahen Ostens nach dem Krieg gegen das Osmanische Reich
- 1920 England bekommt das Völkerbundmandat für Palästina, darauffolgend Einwanderungswellen von Juden
- 1936 Arabische Rebellion gegen die britische Herrschaft und die zunehmende jüdische Besiedlung, 3-monatiger Generalstreik, Unruhen dauern drei Jahre an
- 1945 Nach dem Weltkrieg strömen die Überlebenden des Holocaust nach Israel (zum großen Teil illegal)
- 1947 UN-Teilungsplan- Palästina soll in einen jüdischen und einen arabischen Staat aufgeteilt werden
- 1948 Gründung des Staates Israel; Krieg Ägyptens, Jordaniens, Syriens und anderer gegen Israel, Sieg der Juden - Vergrößerung Israels, Vernichtung Palästinas, Vertreibung und Flucht von 1,5 Millionen Palästinensern
- 1956 Krieg Israels gegen mehrere arabische Länder, hauptsächlich gegen Ägypten, die ägyptische Regierung bedrohte die Interessen der USA, Frankreichs und Englands, welche Israel massiv unterstützten

- 1967 Sechs-Tage-Krieg: Israel versucht, die revolutionäre Entwicklung in Syrien zu zerschlagen, Israel gewinnt an allen Fronten, schlägt Syrien jedoch nicht entscheidend; Besetzung des Sinais, der Westbank und des Gaza-Streifens; Beginn der jüdischen Besiedlung
- 1970 "Schwarzer September" - König Husseins Feudalregime zerschlägt die PLO-Basen in Jordanien und richtet ein Massaker an palästinensischen Flüchtlingen an, weil es die revolutionäre Stimmung in Jordanien fürchtete
- 1973 Jom-Kippur-Krieg Israels gegen die arabischen Nachbarländer
- 1975 Beginn des libanesischen Bürgerkrieges
- 1976 Palästinensische Rebellion in den besetzten Gebieten
- 1979 Zunehmende Versöhnung Israels mit den reaktionären arabischen Regimes in Ägypten und Jordanien
- 1982 Generalstreik und Massendemonstrationen in Westbank/Gaza zeigen Auswirkungen auf Israel - Invasion Israels im Libanon, angeblich, um Nordisrael vor Terroristen zu schützen Vertreibung der PLO aus dem Libanon, Massaker von Sabra und Schatila, Massenproteste in Israel gegen den Krieg: 400.000 bei Demonstrationen, Soldaten verweigern Dienst
- 1985 Generalstreik in Israel gegen die Sparpolitik
- 1987 8.12.: Beginn des Aufstandes in den besetzten Gebieten, bis Mai '88 über 200 Tote, mehrere Generalstreiks
- 1988 Mai: Abflauen der Bewegung; neuerlicher Vorstoß israelischer Truppen in den Südlibanon

Trotzkis Theorie der Permanenten Revolution

Auf den Erfahrungen der russischen Revolution fußt die Theorie der Permanenten Revolution des marxistischen Revolutionärs Leo Trotzki (1879-1940). Trotzki beschreibt mit dieser Theorie die besonderen Bedingungen der Revolution in den unterentwickelten Ländern. Während sich in den entwickelten kapitalistischen Ländern wie Frankreich, England, USA usw. die Bourgeoisie schon als herrschende Klasse etabliert hatte und daran gegangen war, den Rest der Welt in Einfluß- und Absatzgebiete aufzuteilen, kam die Bourgeoisie in Asien, Afrika, Arabien und Latein-

amerika zu spät. Durch die die ganze Welt umfassende Macht des Imperialismus konnte sie sich nicht mehr unabhängig entwickeln. Sie war - und ist! - zu schwach, um das Feudalsystem zu zerschlagen und ihre historischen Aufgaben zu erfüllen. Diese Aufgaben sind die Vereinigung der Völker zu Nationalstaaten, die Aufteilung des Landes an die Bauern und die Einführung bürgerlich-demokratischer Herrschaftsformen. Die Bourgeoisie der unterentwickelten Länder blieb daher abhängig von und verbunden mit den Grundbesitzern und dem Imperialismus. Eine eigenständige Entwicklung eines Landes war und ist von ihr nicht zu erwarten.

Daraus schlußfolgerte Trotzki, - und das trifft heute mehr zu denn je - daß die historischen Aufgaben des Bürgertums durch eine andere Klasse gelöst werden müssen - durch die Arbeiterklasse.

Doch die Arbeiter können, wenn sie die Macht ergriffen haben, nicht bei den bürgerlichen Aufgaben stehenbleiben, sondern müssen zu sozialistischen Maßnahmen greifen, um das Land aus seiner Rückständigkeit herauszuführen.

Doch ein unterentwickeltes Land kann nicht alleine den Sozialismus aufbauen. Isoliert hat die Revolution keine Chance. Dies zeigen die Erfahrungen der Sowjetunion, Chinas, Syriens usw. Statt zu einem sozialistischen Staat sind diese Länder zu bürokratischen Karikaturen desselben geworden.

Die sozialistische Revolution muß international sein. Sie beginnt in den unterentwickelten Ländern mit der Lösung der bürgerlichen Aufgaben und endet mit dem Sieg des Proletariats in der ganzen Welt. Dies ist ein ununterbrochener - permanenter - Prozeß.

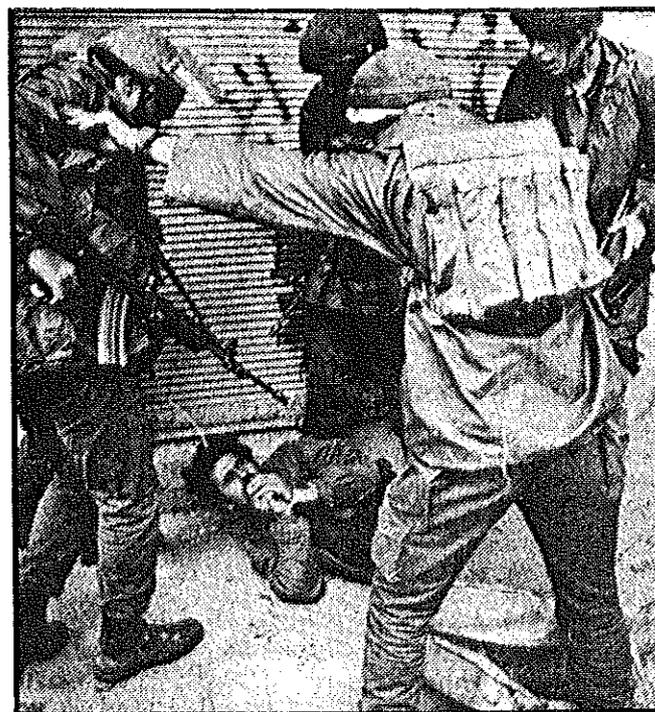
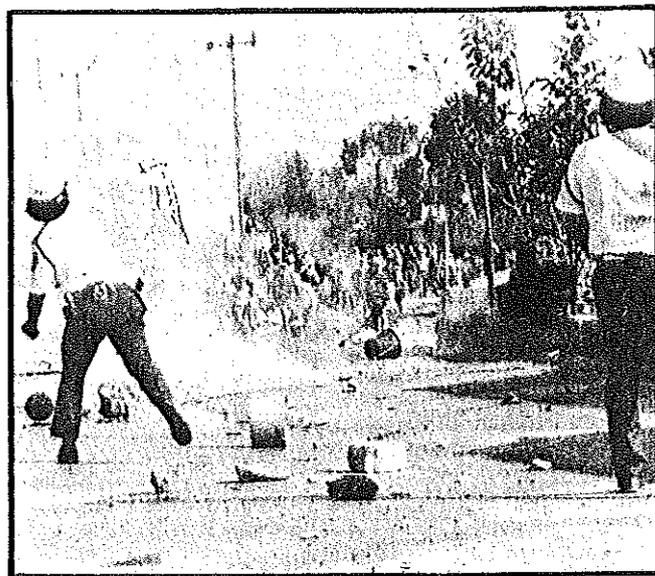
Der Kapitalismus spielt nirgendwo mehr in der Welt eine fortschrittliche Rolle. Die einzige progressive Kraft ist die Arbeiterklasse, im Bündnis mit den armen Bauernmassen.

Die kapitalistische Klasse in der arabischen Welt, eingeschlossen das palästinensische Bürgertum, hat sich immer wieder als unfähig gezeigt, die demokratische Revolution durchzuführen, das arabische Volk - welches von Marokko bis zum Irak reicht - zu vereinen oder die Gesellschaft zu modernisieren.

Nicht ein arabisches Regime gesteht seinen Arbeitern und den nationalen Minderheiten demokratische Rechte zu. Im Irak werden z.B. die Kurden brutal unterdrückt.

Als Ägypten den Gaza-Streifen und Jordanien die Westbank kontrollierten, waren sie nicht bereit, demokratische Rechte bzw. ein unabhängiges Palästina zuzulassen. Selbst bei der von ihnen begrüßten Gründung der PLO 1964 lag ihnen nichts ferner als die Befreiung

des palästinensischen Volkes. Auch im Nahen Osten ist die Arbeiterklasse - Palästinenser, Juden, Ägypter usw. - die einzige Kraft, die Demokratie, nationale Unabhängigkeit und Bodenverteilung an die Bauern durchsetzen kann.



Brief eines palästinensischen Arbeiters

"Viele Jahre fürchteten die palästinensischen Arbeiter, ihre Rechte einzufordern. Am Ende, als sie fühlten, daß sie nichts mehr fürchten konnten, standen sie auf.

Heute fragen wir, ob die israelischen zusammen mit den palästinensischen Arbeitern aufgestanden sind. Wir antworten 'nein', denn die jüdischen Arbeiter leben beständig in der Illusion, daß der Zionismus ihre Interessen vertritt. Sie werden damit in den Händen des Zionismus zu einem Werkzeug gegen die Palästinenser, mit denen zusammen sie arbeiten.

Die Zeit ist gekommen, daß die israelischen Arbeiter verstehen, daß es keinen Unterschied zwischen ihnen und den Palästinensern gibt. Der Zionismus beutet beide aus. Er spaltet, um die Profite zu erhöhen...

Ihr seht im Fernsehen, was die Zionisten dem palästinensischen Volk bei dem Versuch, sein Land zu stehlen, antun. Wir rufen die Arbeiter der Welt auf, zu demonstrieren und den Kampf der palästinensischen Arbeiter gegen die unterdrückerische Staatsmaschinerie als den ihren zu betrachten.

Wir rufen die jüdischen Arbeiter auf, mitzukämpfen gegen unser beider Unterdrücker. Ich wende mich an alle Arbeiter im Nahen Osten, besonders im besetzten Palästina: Konkurrenz zwischen Arbeitern hilft den Ausbeutern.

Arbeiter aller Länder, vereinigt Euch gegen Weltkapitalismus, arabisches Reaktion und zionistische Barbarei."

(Auszüge aus einem Brief von M.M. an die britische marxistische Wochenzeitung MILITANT anlässlich des 1.Mai, veröffentlicht in Nr. 894, 29.4.88)

Wenn Du Interesse an unseren politischen Ideen hast, melde Dich bei
Redaktion VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1 Telefon 0221/ 13 45 04
oder schicke uns untenstehenden Abschnitt ein

Die Zeitung VORAN wird von aktiven SPD-Mitgliedern, Jungsozialisten, Gewerkschaftern und Falken getragen, die sich als Marxisten verstehen und für eine konsequente sozialistische Politik dieser Organisationen einsetzen. Wir treten für eine sozialistische Demokratie in West und Ost ein, d.h. für den Sturz des Kapitals im Westen und der Bürokratenherrschaft im Osten.

Wir kämpfen für:

- Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, als ein Schritt zur weiteren Arbeitszeitverkürzung und Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle.
- Drastische Kürzungen der Militärausgaben.
- Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie, verbunden mit Lohnfortzahlung bzw. Ersatzarbeitsplatz-Garantie für die Beschäftigten.
- Garantierter Mindestlohn von 1500 DM für alle. Einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung.
- Rücknahme aller Kürzungen und ein staatliches Programm zur Förderung des Wohnungsbaus, der Gesundheitsfürsorge, der Bildung
- Überführung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratische Arbeiterkontrolle. Demokratische Verwaltung der verstaatlichten Betriebe durch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter (z.B. je 1/3 Vertreter der Belegschaft, der Gewerkschaft und des Staates), die nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.

Ich möchte
VORAN

kennenlernen und bitte um weitere Informationen

Name _____

Anschrift _____

Telefon _____

Ich möchte

Eine Probe-Nummer von VORAN

VORAN abonnieren, 6 Ausgaben zu 9,60 DM

... Exemplare dieser Postbroschüre

Infos über weiteres politisches Material von Euch

PschA Essen, BLZ 360 100 43

Konto-Nr. 2500 59-430

Einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1